Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1027**
15. Wahlperiode 21. 05. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/270 –

Waldzustandsbericht 2002
– Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitorings –

2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Cornelia Behm, Volker Beck (Köln), Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/745 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/270 –

Waldzustandsbericht 2002
– Ergebnisse des forstlichen Umweltmonitorings –

A. Problem

Aufgrund der vielfältigen Funktionen der Waldflächen und der damit verbundenen Indikatoren besteht ein regelmäßiges Informationsbedürfnis des Deutschen Bundestages über den Zustand des Waldes. Die Bundesregierung informiert seit 1984 deshalb jährlich auf der Basis einheitlich durchgeführter Erhebungen der Länder über das Ausmaß und die Entwicklung der Waldschäden, bewertet die Situation in den Waldökosystemen unter den vielfältigen und komplexen Einflüssen der Umwelt und stellt die Maßnahmen zur Behebung von Waldschäden dar. Das Schadniveau ist seit 1995 wie zu Beginn der Erhebungen nahezu unverändert. Während sich die Luftqualität zwar erheblich verbessert hat, ist – gemessen an der Belastbarkeit der Ökosysteme – noch kein befriedigender Zustand erreicht worden. Die über Jahrzehnte in den Waldböden gesammelten Einträge von Schwefel und Stickstoff aus der Vergangenheit werden noch lange als kritische Altlast verbleiben.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf Drucksache 15/745 einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie zu dem Waldzustandsbericht 2002 auf Drucksache 15/270 Stellung beziehen und die Bundesregierung zu einem Maßnahmenpaket auffordern.

B. Lösung

In Kenntnis des Waldzustandsberichts der Bundesregierung Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/745 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung – Drucksache 15/270 – den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/745 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 7. Mai 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Cajus Caesar
Berichterstatter

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Cajus Caesar, Cornelia Behm und Dr. Christel Happach-Kasan

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 37. Sitzung am 3. April 2003 den Waldzustandsbericht 2002 auf Drucksache 15/270 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus überwiesen. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sich gutachtlich zu der Vorlage geäußert.

Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Entschließungsantrag auf Drucksache 15/745 zum Waldzustandsbericht 2002 wurde in derselben Sitzung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuss hat die Vorlagen in seiner 13. Sitzung am 7. Mai 2003 abschließend behandelt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Fast ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist bewaldet. Dieser Bestand, der einen Schutzfaktor für Boden, Wasser, Luft und Klima bedeutet und den Menschen vielfältige Möglichkeiten für Entspannung und Erholung bietet sowie den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff Holz liefert, soll als komplexes System überwacht und erhalten bleiben. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung sichert Einkommen und Arbeitsplätze in Forst- und Holzwirtschaft und trägt zu einer vielseitigen Struktur ländlicher Räume bei. Damit dieses „Grüne Drittel“ seine vielfältigen Funktionen erfüllen kann, werden verlässliche Informationen über die ökologische Situation und die Entwicklung von Ökosystemen benötigt. Seit 1984 führen die Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Waldschadenserhebung nach einem einheitlichen, mit dem Bund abgestimmten und von Wissenschaftlern entwickelten Verfahren durch, um Zustand und Ausmaß der Schäden festzustellen, wobei das Monitoring ständig weiterentwickelt wurde. Das Ergebnis der Erhebung ergibt einen Überblick über das Ausmaß der Waldschäden und wird durch den Waldzustandsbericht der Bundesregierung dokumentiert. Diese jährliche Waldschadenserhebung liefert in Verbindung mit anderen Übersichtserhebungen wie der Bodenzustandserhebung im Wald, dem intensiven Monitoring auf Dauerbeobachtungsflächen und der Waldökosystemforschung die notwendigen Daten für eine Überwachung der aktuellen Situation der Wälder und der „neuartigen Waldschäden“ und dient damit zugleich als wichtige Grundlage für die Forst- und Umweltpolitik. Das forstliche Umweltmonitoring ist somit ein Instrument, um den Waldzustand zu beobachten, Veränderungen festzustellen und die Ursachen dieser Veränderungen besser zu verstehen.

Die Maßnahmen zum Schutz der Wälder erfordern ebenso Ländergrenzen übergreifende Orientierungen und bedürfen deshalb internationaler Absprachen bis hin zur Harmonisierung von Messmethoden. Das deutsche Programm ist daher in das europaweite Waldschadensmonitoringprogramm der Europäischen Union und das Internationale Kooperationsprogramm zur Erfassung und Überwachung der Auswirkungen von Luftverschmutzung auf Wälder der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ICP Forests der UN/ECE) eingebunden.

In der zusammenfassenden Betrachtung aller Baumarten im Jahr 2002 liegt der Anteil deutlicher Schäden nahezu unverändert bei 21 %, der Anteil ungeschädigter Waldflächen liegt bei 35 %. Im langfristigen Vergleich hat sich die Situation – gemessen an den Höchstständen der deutlichen Schäden in den Jahren 1991 und 1992 – entspannt. Mittelfristig (seit 1995) hat sich das Schadenniveau stabilisiert. Die Komplexität der Waldökosysteme und der in ihnen ablaufenden Prozesse stellen daher immer noch eine große Herausforderung für die Waldökosystemforschung dar.

Mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/745 wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, weitere Anstrengungen zur Reduktion der Schadstoffemissionen zu unternehmen, insbesondere im Bereich der Stickoxid-, Ammoniak-, Lösemittel- und Dieselrußemissionen, sowie die Ozonminderungsstrategie weiterzuverfolgen; weiterhin seien die Klimaschutzpolitik zu intensivieren, die die Verbrennung fossiler Energien durch die Nutzung erneuerbarer Energien ersetzt, und in der Novelle des Bundeswaldgesetzes verbindliche Mindestanforderungen an eine naturnahe Waldbewirtschaftung zu definieren; schließlich seien die FSC-Zertifizierung der Bundesforsten zügig umzusetzen, die genetische Vielfalt von Pflanzen und Tieren in den Wäldern sicherzustellen sowie die Zukunft des forstlichen Monitorings durch die zügige Verabschiedung und Umsetzung der neuen EU-Verordnung „Forest Focus“ zu erwirken.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 11. Sitzung am 9. April 2003 die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 15/270 zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/745 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU angenommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 11. Sitzung am 7. Mai 2003 die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 15/270 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 15. Sitzung am 7. Mai 2003 die Vorlage auf Drucksache 15/270 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 14. Sitzung am 7. Mai 2003 die Unterrichtung der Bundesregierung auf Drucksache 15/270 zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/745 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 18. Sitzung am 7. Mai 2003 den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/745 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat seine abschließende Beratung der Vorlagen am 7. Mai 2003 vorgenommen.

Übereinstimmend wurden die vielfältigen Funktionen des Waldes und seine entsprechende Bedeutung für die Gesellschaft unterstrichen und festgestellt, dass mit kurzfristigen Maßnahmen eine dauerhafte Verbesserung des Waldzustandes nicht zu erreichen sei.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde bedauert, dass die deutlichen Schäden bei den Wäldern kaum zurückgegangen seien. Dies zeige, dass die bereits getroffenen Maßnahmen erst mittel- und langfristig greifen würden. Weiterhin wurde betont, dass u. a. eine weitere Verbesserung der Luftqualität, die Intensivierung des Klimaschutzes, die Definition von Mindeststandards bei der naturnahen Waldbewirtschaftung und der Ausbau der Forschung von besonderer Bedeutung seien. Bezüglich der von den Oppositionsfraktionen angemahnten stärkeren Bodenschutzkalkung gegen die weitere Zunahme der Bodenversauerung wurde darauf verwiesen, dass es sich dabei nur um eine momentane Hilfsmaßnahme handeln könne. Notwendig sei vor allem, die Schadstoffeinträge grundsätzlich deutlich zu minimieren. Das von der Opposition kritisierte FSC-Zertifizierungssystem sei sowohl in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht das überzeugendste System und auch international anerkannt.

Von der **Fraktion der CDU/CSU** wurde hervorgehoben, dass ein klares Handlungskonzept zur Verbesserung des Waldzustandes nicht vorhanden sei. In den letzten Jahren sei es zu einer deutlichen Versauerung der Waldböden gekommen. Deshalb werde die Bundesregierung aufgefordert, die Bundesmittel für die Bodenschutzkalkung zu erhöhen. Darüber hinaus dürfe die geplante Novelle des Bundeswaldgesetzes nicht zu weiteren bürokratischen Hemmnissen führen, vielmehr müsse dem Vertragsnaturschutz dabei Vorrang eingeräumt werden sowie der Stellenwert der Biomasse, beispielsweise im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes stärker berücksichtigt werden. Darüber hinaus wurde an die noch nicht eingelöste Zusage der Bundesregierung erinnert, Waldbesitzer in Deutschland für Auflagen bei der Ausweisung von Gebieten nach der FFH-Richtlinie zu entschädigen und eine verstärkte öffentliche Förderung bei der Waldkalkung vorzusehen.

Die **Fraktion der FDP** sprach sich ebenfalls für eine verstärkte öffentliche Förderung bei der Waldkalkung aus, da die privaten Waldbesitzer für die Verschlechterung des Bodenzustandes nicht verantwortlich seien und die schädliche Auswaschung von Schwermetallen verhindert werden müsse. Das von der Bundesregierung bevorzugte FSC-Zertifizierungssystem sei insbesondere für die Kleinwaldbesitzer ungeeignet und widerspreche dem System eines freien Wettbewerbs. Ein solcher Eingriff der Bundesregierung in Vermarktungsstrategien sei unangemessen.

Im Übrigen wurde auf die ausführliche Aussprache im Plenum anlässlich der Überweisung der Vorlagen in der 37. Sitzung am 3. April 2003 verwiesen.

Der 10. Ausschuss hat den Waldzustandsbericht 2002 der Bundesregierung auf Drucksache 15/270 zur Kenntnis genommen.

Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/745 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Berlin, den 7. Mai 2003

Gabriele Hiller-Ohm Berichterstatterin	**Cajus Caesar** Berichterstatter
Cornelia Behm Berichterstatterin	**Dr. Christel Happach-Kasan** Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333